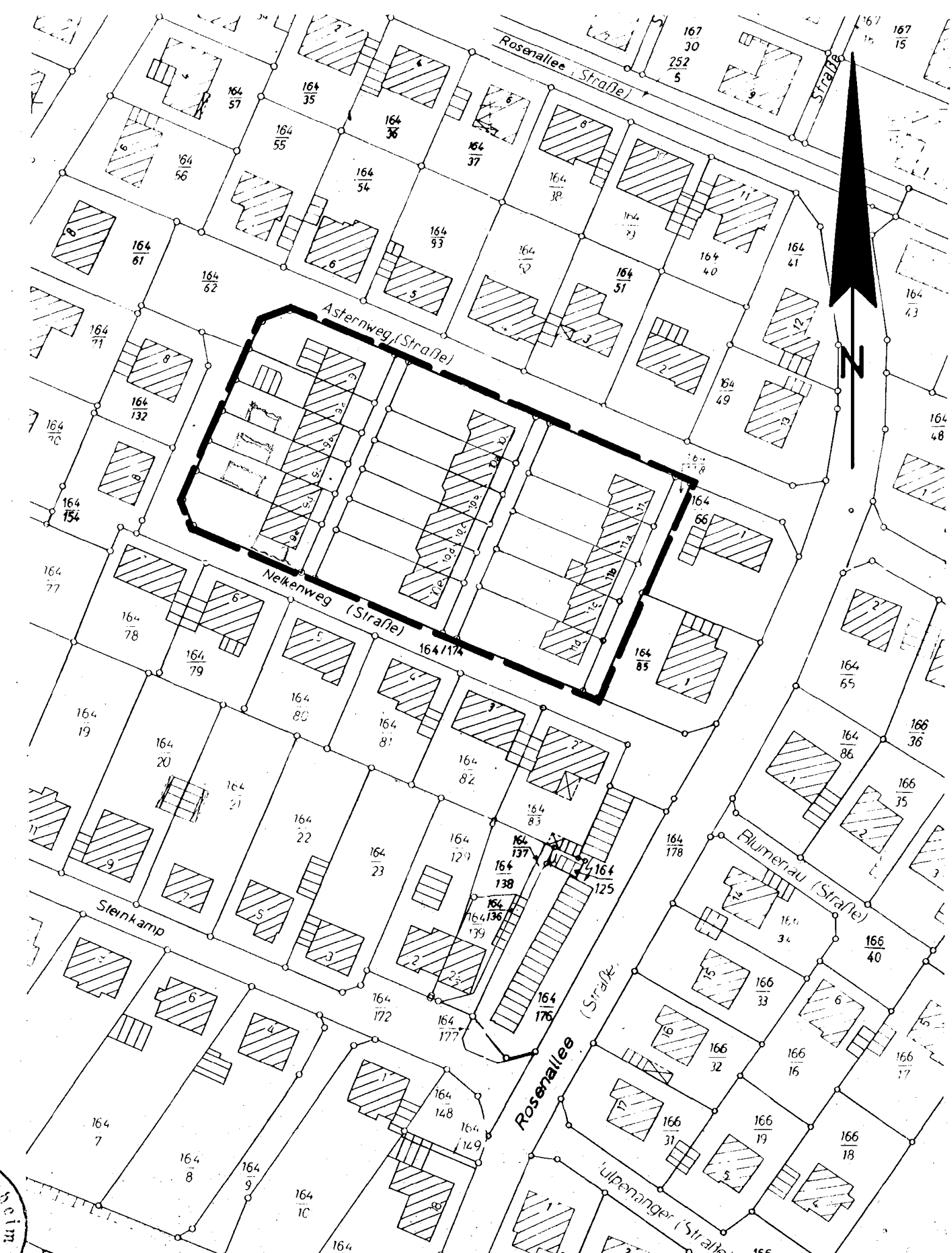


1. Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 9.2.1987). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen. Hildesheim, den 09.02.1987 Stadtvermessungsamt <i>Dr. J. K. K.</i>	2. Für die Aufstellung des Planentwurfs. Hildesheim, den 09.02.1987 Stadtplanungsamt <i>K. K.</i>
3. Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 (1) BBauG (neueste Fassung) vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 30.3.1987 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluß wurde am 25.04.1987 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Darlegung gem. § 2 a (2) BBauG erfolgte vom 1.5.1987 bis 15.5.1987. Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung. Bürgerversammlung am 30.04.1987. Hildesheim, den 04.05.1987 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. K.</i>	4. Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Sitzung am 30.03.1987 zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 2 a (6) BBauG beschlossen. Hildesheim, den 31.03.1987 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. K.</i>
5. Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 21.08.1987 bis 21.09.1987 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Die Auslegung ist am 12.08.1987 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden. Hildesheim, den 22.09.1987 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. K.</i>	6. Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen und Bedenken gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 12.12.1988 der Änderung zugestimmt. Hildesheim, den 12.12.1988 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. K.</i>
7. Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Baugesetzbuch (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 16.11.1987 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch beigefügt, ihr wurde zugestimmt. Hildesheim, den 17.11.1987 Oberbürgermeister Oberstadtdirektor <i>K. K.</i>	8. Der Bebauungsplan ist gem. § 11 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) am 18.12.1988 angezeigt worden. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde gem. § 11 Abs. 3 BauGB unter Auflagen/mitt. Maßgaben/mitt. Ausnahme der durch den Bebauungsplan festgelegten Teile nicht geltend gemacht. Hannover, den 08.03.1988 Bezirksregierung Hannover Im Auftrage (L.S.) gez. Hagen
9. Die Durchführung des Anzeigeverfahrens des Bebauungsplanes ist gem. § 12 BauGB (neueste Fassung) am 08.06.1988 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 08.06.1988 rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit. Hildesheim, den 08.06.1988 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. K.</i>	10. Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden. Hildesheim, den 16.10.1990 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. K.</i>
	11. Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden. Hildesheim, den 08.06.1995 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. K.</i>




Rechtsgrundlagen für 1.-4.

Für diesen Bebauungsplan gelten

- das Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976, geändert durch Artikel 9 Nr. 1 der Vereinfachungs-Novelle vom 3. Dezember 1976 und durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionen im Städtebaurecht vom 6. Juli 1979.
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung vom 15. September 1977.

Planzeichenerklärung



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Änderung des Bebauungsplans


Textliche Festsetzung

Auf den Baugrundstücken der jeweiligen Endhäuser der Reihenhäusergruppen sind Garagen oder Einstellplätze zulässig.
Auf den Mittelhausgrundstücken sind Garagen oder Einstellplätze nicht zulässig.
Die in dem Bebauungsplan ¹² Nr. 194 getroffenen Festsetzungen bleiben unberührt.

Rechtsgrundlagen für 5.-9.

Für diesen Bebauungsplan gelten

- das Baugesetzbuch (BauGB) vom 8. Dezember 1986
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) vom 15. September 1977 in der jetzt gültigen Fassung.



STADT HILDESHEIM

3. Änderung des Bebauungsplanes ¹² Nr. 194

Für das Gebiet zwischen Nelkenweg, Astenweg und Rosenallee im Ortsteil Itzum

Maßstab 1:1000